

# Riesener Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Kegel-Blatt, Riesa.  
Vertrieb: Nr. 20.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 1530  
Groschlo Riesa Nr. 82.

Nr. 226.

Dienstag, 28. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts zum Produktionsverwehren, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Plakatzeile 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, feste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Jahrgangs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Der Angeklagte als Richter.

Aus jeder Katastrophe schreitet die Frage nach dem Schuldigen, nach der Ursache. Als der Ausgang des Weltkrieges Europa in Trümmern sah, fand diese Frage eine schnelle Antwort. Auch die Sieger waren die Angeklagten. Da Macht vor Recht geht, so wurden die Angeklagten zu Richtern. Deutschland wurde als der allein Schuldige am Ausbruch des Weltkrieges erklärt. Und auf dieser Höhe baute man den Versailler Vertrag auf, der heute noch Geltung hat, genau so, wie auch heute noch diese Höhe die Weltöffentlichkeit beerricht. Dr. Stresemann hat versucht, wenige Tage nach der Versöhnung dienenden Aussprüche mit Briand die Untertugend zu einer etwas gerechteren und objektiveren Beurteilung der Ursachen zu veranlassen, die den Ausbruch des schrecklichsten und mörderischsten aller Kriege bedingten. Er konnte dies umsonst tun, als durch die Veröffentlichung der Akten aus den russischen Geheimarchiven unmissbar recht aufklärendes für die Wahrheit bekannt geworden war. Briand und Sazanow, deren Schuld an der Entstehung des Weltbrandes aus dem Aktenmaterial recht deutlich hervorgeht, sind nicht mehr. Aber Herr Poincaré, der heute im Bund, lebt noch. In heute verantwortlicher Ministerpräsident des Landes, das durch den Mund seines Außenministers zu erkennen gegeben hat, daß es eine friedliche Annäherung an Deutschland erstrebt. Aus der Presse Frankreichs erfährt man, daß Poincaré die Absicht habe, am Montag im Generatrat von Bar-le-Duc Dr. Stresemann zu antworten. Die Welt steht heute vor der erstaunlichen Tatsache, daß dieser Poincaré den von ihm selbst festgesetzten Termin für seine Antwort nicht abwarten konnte, sondern die erste beste Gelegenheit ergriff, um sich — zu rechtfertigen. Denn in der Tat, das was am Sonntag Poincaré auf dem Kongress des französischen Nationalverbandes der Kriegsbekämpfenden zu sagen mußte, war weiter nichts, als der Versuch der Rechtfertigung seiner Politik vor dem Weltkrieg. Man kann es schließlich einem Angeklagten nicht übelnehmen, wenn er verläßt, durch falsche Behauptungen, durch Verdrehung von Tatsachen und Denunziationen die gegen ihn gerichtete Anklage zu entkräften. Wenn also Herr Poincaré in seiner temperamentvollen Rede am Sonntag von der unbarmherzigen Grausamkeit der deutschen Kriegführung und von allerlei deutschen Verbrechen zu erzählen wußte, so wird man diesen Behauptungen denselben Wert beimessen haben, wie dem verwerflichsten Verteidigungsbericht eines Angeklagten vor Gericht. Vor den Kriegsbekämpfenden Frankreichs sprach der Angeklagte Poincaré. Aber dieser Angeklagte ist gleichzeitig der Ministerpräsident Frankreichs. Somit werden auch die Verteidigungsversuche Poincaré's offiziell, Kennzeichen für die französische Mentalität ist es, daß diese Rede Poincaré's einen ungeheuren Beifall in der Versammlung fand, der sich schließlich zu einer Ovation für den Ministerpräsidenten steigerte. Diese Rede und dieser Beifall sind symptomatisch für den angeblichen friedlichen Geist, der nach Briand die zukünftige Politik des Landes bestimmen soll. Soll er tatsächlich die Grundlage für die so sehr erstrebte Annäherung an Deutschland bilden? Fast scheint es so. Aber damit wäre diese Annäherung heute wenigstens noch eine Utopie. Man darf gespannt sein, was Poincaré in Bar-le-Duc und noch weiter zu sagen hat. Nach diesem Vorgesang vor den Kriegsbekämpfenden darf man auf weitere Ueberraschungen gefaßt sein. Über diese Ueberraschungen sind aufklärend, und eine Aufklärung hat die deutsche Politik anscheinend sehr nötig.

## Wie man Deutschland Schuld in die Schuhe schiebt!

Im Ausland wird immer wieder die Ansicht geäußert, zuletzt im "Times", daß die Forderung Deutschlands, allein einen künftigen Sitz im Völkerbund zu erhalten, Spanien und Brasilien zum Austritt aus dem Völkerbund veranlaßt habe. Diese Behauptung ist mit den geschichtlichen Tatsachen unvereinbar. Der künftige Ratssitz für Deutschland ist schon bei der Gründung des Völkerbundes vorgesehen worden, es hat niemals ein Zweifel darüber bestanden, daß Deutschland, sobald es in den Völkerbund eintritt, einen künftigen Sitz erhalten müsse. Im Jahre 1921 wurde bereits von Chile der Antrag gestellt, daß Spanien und Brasilien künftige Ratssitze erhalten sollten, diese Forderung ist aber schon damals ebenso abgelehnt worden wie jetzt. Die Teilung in ständige und nichtständige Ratssitze ist ohne Mitwirkung von Deutschland schon bei der Begründung des Völkerbundes erfolgt. Diese ungleiche Behandlung der einzelnen Mächte entspricht durchaus nicht dem Völkerbundsprogramm Deutschlands; dieses würde vielmehr für eine absolute Gleichheit aller Nationen sein, aber nachdem die anderen Mächte den Völkerbundsvertrag in dieser Weise organisiert haben, hat sich Deutschland den vollen Umständen angepaßt. Deutschland hat in Locarno und in der Wärszburger Konferenz lediglich gefordert, daß der Völkerbundsvertrag seine Forderung erhalte, ohne daß Deutschland dabei mitwirke. Alle diese Umstände beweisen klar, daß Deutschland zu Unrecht untergeordnet wird, den Austritt Brasiliens und Spaniens aus dem Völkerbund verschuldet zu haben.

## Poincaré's „Verständigungspolitik“ gegen Deutschland.

### Poincaré's Rede in Bar-le-Duc.

Paris, 27. September. In der Rede, die Ministerpräsident Poincaré heute nachmittag in Bar-le-Duc vor dem dortigen Generatrat seines Heimatdepartements gehalten hat, ging er zunächst auf die innerpolitische und besonders die finanzielle Lage ein und führte u. a. aus, daß er die Regierung übernommen habe, sei die politische und finanzielle Lage in höherer Gefahr gewesen. Er hätte sich gern die Mitarbeit von Persönlichkeiten wie Maginot gewünscht, aber angesichts der so erhehlenden Umstände hätte er seine persönlichen Fähigkeiten zurückstellen und ein Kabinett der nationalen Einigung unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen bilden müssen. Poincaré ging dann im einzelnen auf die bisher getroffenen inneren Maßnahmen ein, wobei er etwa sagte, daß Schapanz sei in einer katastrophalen Lage gewesen, als er die Regierung übernommen habe, zum Teil auch deshalb, weil Deutschland mehrere Jahre seine Reparationszahlungen verweigert habe.

Die Regierung habe die äußerste Pflicht gehabt, die Wiederherstellung einer gesunden Währung zu suchen. Der Erfolg hänge auch von einer Besserung in dem Ausmaß der internationalen Verpflichtungen Frankreichs ab. Poincaré verwahrte sich bei dieser Gelegenheit dagegen, daß Frankreich eine Schuld an der gegenwärtigen schweren Wirtschaftslage und Finanzkrise treffe. Frankreich sei das Opfer einer Situation, die allein eine energische patriotische Regenerierung und die nationale Eintracht ändern könne. Poincaré kam dann auf die Vollmachten zu sprechen, die der Regierung vom Parlament übertragen worden sind und auf die damit im Zusammenhang getroffenen Maßnahmen. Das Parlament werde bald Gelegenheit haben, diese Reformmaßnahmen zu billigen, oder sie zu dekonstruieren. Jedoch wende die Regierung ihr Schicksal von dem ihrer Dekrete abhängige machen. Das Ausland schenke heute Frankreich eine nicht immer sehr wohlwollende Aufmerksamkeit und bisweilen habe Frankreich die Ansicht haben müssen, daß man von gewisser Seite den Versuch gemacht habe, indiskrete Klänge auf die Ersparnisse im französischen Budget und auf den Charakter der Ausgaben Frankreichs zu werfen. Er habe nicht nötig zu sagen, daß Frankreich nach dem einen Krieg, den es nicht provoziert habe und nach einem Siege, den es teuer bezahlt habe, dies für eine Verletzung der französischen Würde und der französischen Souveränität betrachten würde.

Poincaré kam im Anschluß daran auf die auswärtigen Schulden Frankreichs zu sprechen und sagte, Frankreich habe sich niemals geweigert, zu bezahlen. Es habe sogar bereits bedeutende Summen gezahlt und seine Zahlungen würden noch viel beträchtlicher gewesen sein.

Denn Frankreich mit Rücksicht darauf, daß Deutschland lange Zeit seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen wäre, selbst die Zahl seiner Reparationen zu übernehmen. Für die Zukunft sei Frankreich nicht weniger entschlossen als bisher, loyal im Maße seiner Möglichkeiten und in den Grenzen seiner Transferenztüchtigkeit sich seiner Verpflichtungen zu entledigen. Es liege in Frankreichs Interesse, eine Unsicherheit, die auf Frankreichs Kredit laufe und bisweilen der Spekulation als Vorwand diene, andauern zu lassen. Man dürfe nicht nachlassen zu arbeiten, zu produzieren und zu exportieren. Das seien drei Hauptbedingungen für Frankreichs wirtschaftliche und finanzielle Wiedergeburt. Hierzu sollen auch die Kolonien und ihre Bevölkerung herangezogen werden. Poincaré fuhr fort: Keine Nation hat fählicher weniger den Krieg geliebt, oder gewünscht, als Frankreich und die französische Republik hat alles menschenmögliche getan, um ihn zu verhindern.

Keine Nation ist schmerzlicher mitgenommen worden, als Frankreich. Keine Nation hat nach Unterzeichnung der Friedensverträge sich so intensiv bemüht, diese Verträge inne zu halten, und auf die Beachtung ihrer Bestimmungen durch andere zu achten. Frankreich fordert nur die Stabilität für seine endgültig wieder hergestellten Kredit und die regelmäßige Zahlung der versprochenen Reparationen. Frankreich hat es niemals abgelehnt, mit Deutschland über Fragen zu sprechen, die beide Länder interessieren können. Frankreich hat gegenüber seinen früheren Gegnern niemals eine Politik der Rancüne oder des Hasses zu betreiben versucht. Es ist immer bereit, Schritte zur Annäherung zu versuchen, vorausgesetzt, daß diese sich mit den früher abgeschlossenen Verträgen und Frankreichs Allianzen in Uebereinstimmung bringen lassen, daß diese nicht dazu führen, die Verantwortlichkeit der kaiserlichen Regierung am Krieg in Zweifel zu ziehen, und daß sie ferner durch die vorliegenden und entscheidenden Beweise der materiellen und moralischen Entwertung Deutschlands gerechtfertigt sind. Es schuldet dieses seinem Amt, der Ratschle und der Generosität. Aber niemand wird erkrankt sein darüber, daß angesichts der Ungleichheit von morgen Frankreich weder seine kontraktlichen Rechte opfern noch in seiner Wachsamkeit nachlassen wolle.

### Die Pariser Morgenpresse zur Rede Poincaré's.

Paris, 27. September. Soweit die Morgenpresse Stellung zur Rede Poincaré's nimmt, fällt sie herab. Dessen erklärt, Poincaré habe gefehert nicht sozornistisch, sondern menschlich gesprochen. Er habe gesagt, die Klärung

der Frage der Kriegsverantwortlichkeit fördere nur die Ruhe Europas und die Stabilisierung der Grenzen. Der Völkerbund, an dessen Arbeiten Deutschland seinen Anteil nehmen werde, habe kein anderes Programm. Also, alle Welt sei einig; man müsse nur einig bleiben.

Figaro sagt: In der Frage der Kriegsverantwortlichkeit ist gefehert von Poincaré eine Antwort auf die letzte deutsche Kampagne gegeben worden, die man erwartete und die zu Beginn der Vorbereitungen der deutsch-französischen Annäherung die moralische Stellungnahme unseres Landes festlegt. Frankreich ist bereit, das Auge von seinen Wunden abzulenken und dem Urheber dieser Wunden die Hand zu reichen, aber es nimmt das Recht in Anspruch, sich zu erinnern. Der Kult des Sieges fordert nicht die Verleugnung einer glorreichen Vergangenheit. Die Vergebung der Besiegten wäre verbrecherisch, wenn sie für die Opfer eine Art Schuldanerkenntnis in sich schließen würde.

Der radikale Homme Libre sagt, die Worte Poincaré's seien nach den Erklärungen Stresemann's notwendig gewesen. Poincaré habe sich mit Ruhe und Zurückhaltung ausgesprochen. Es gebe eben Forderungen, die man nicht dulden könne. Auch in Frankreich gebe es Patrioten, deren berechtigte Empfindungen man nicht verdrängen dürfe.

Der Gaulois meint, man müsse dem Ministerpräsidenten dankbar sein, daß er es nicht unterlassen habe, in seiner aktiven Rede daran zu erinnern, daß Deutschland den Krieg erklärt, daß es ihn durch die Verletzung eines neutralen Staates auf französischem Boden getragen und daß es ihn auf Befehl des kaiserlichen Generalsstabes mit unverantwortlicher Grausamkeit geführt habe.

L'Asiaticus schreibt: Das mußte kommen! Welche Meinung man auch über den Ursprung des Konfliktes haben mag, die Zulassung Deutschlands in den Völkerbund konnte nicht die Bedeutung haben, die ihr Stresemann in Genf gegeben hat. Sie bedeutete nur, daß die Mittelmächte die Stellung Deutschlands in Europa anerkennen. Frankreich will auf alle Polemiken verzichten, auch nicht mehr an das denken, was die beiden Völker getrennt hat, und hat den letzten Willen gegenüber Deutschland, wenn dieses den gleichen Willen hat, eine friedliche Zusammenarbeit zu betreiben. Das schließt nicht das Vergessen des Krieges in sich, wohl aber das Vergessen der Verletzungen. Die Rede Stresemann's hat die Rede Poincaré's nach sich gezogen. Rumreißer ist Friede.

Der sozialistische Peuple schreibt: Poincaré befehert nicht mehr auf seiner alten Politik der fortgesetzten Verneinung, die er der Politik der deutsch-französischen Annäherung entgegensteht. Das ist schon etwas; das ist sogar im Grunde genommen viel, weil es genügt, um die Politik von Thoiry nicht durch eine systematische Opposition zu sabotieren.

### Times zu den Reden Poincaré's.

London, (Frankfurt). Times sagt in Besprechung der letzten Reden Poincaré's, daß der Standpunkt Poincaré's in der Frage der Schuld am Krieg von der öffentlichen Meinung in England und in allen anderen alliierten und assoziierten Ländern geteilt werde. Poincaré sei gezwungen gewesen, Behauptungen zurückzuweisen, die, wenn sie ohne Widerspruch geblieben wären, als Verfassung hätten benutzt werden können, um wesentliche Bestimmungen des Versailler Vertrages zu untergraben. Die Schuld Deutschlands sei die moralische Grundlage vieler der Bedingungen, die der Friedensvertrag festgelegt habe.

### Die Berliner Presse zur Rede Poincaré's.

Berlin. Zu der aktiven Rede Poincaré's in Bar-le-Duc bemerkt die "Augsburger", ein deutsch-französischer Ausgleich liege nur dann im Bereich der Möglichkeit, wenn sich auf französischer Seite der Wille, zu einer Verständigung zu kommen, in ganz anderer Weise auswirke, als es in den Worten Poincaré's der Fall sei. — In der "Deutschen Wg." heißt es: Die Kriegskredite Poincaré's erklingen in einer geänderten Atmosphäre, der der französische Ministerpräsident notgedrungen wird Rechnung tragen müssen. Man darf aber seinen möglichen Einfluß auf den Gang der deutsch-französischen Verhandlungen nicht unterschätzen. — Die "Tägl. Rundschau" sagt: Poincaré hat erklärt, Frankreich werde seine vertraglichen Rechte nicht opfern. Darin wird man nicht eine Abgabe an das Verständigungsprogramm von Thoiry zu finden haben. Eine vorzeitige Klärung des besetzten Gebietes liegt durchaus innerhalb der Möglichkeiten des Versailler Vertrages. — Das "Berl. Tagebl." schreibt: Den Anstrengungen Poincaré's zur Rettung des Punktes und zur Sanierung der Finanzen wünschen wir herzlich Erfolg. Aber zu einem Erbeutnis können sie wohl nicht führen, wenn man die notwendige Friedensatmosphäre möglichst wenig durch die alligen Gerüche der Kriegskämpfe verdirbt. — Der "Vorwärts" sagt: Man kann es als einen Erfolg betrachten, daß Poincaré in seinen zwei Reden nichts kaputt gemacht hat. Zum Glück werden wir bei den Verhandlungen nicht mit Poincaré, sondern mit Briand zu tun haben, den eine ganze Welt des Temporalismus von seinem Ministerpräsidenten trennt.